

Arbeitsmarkt Ostdeutschland

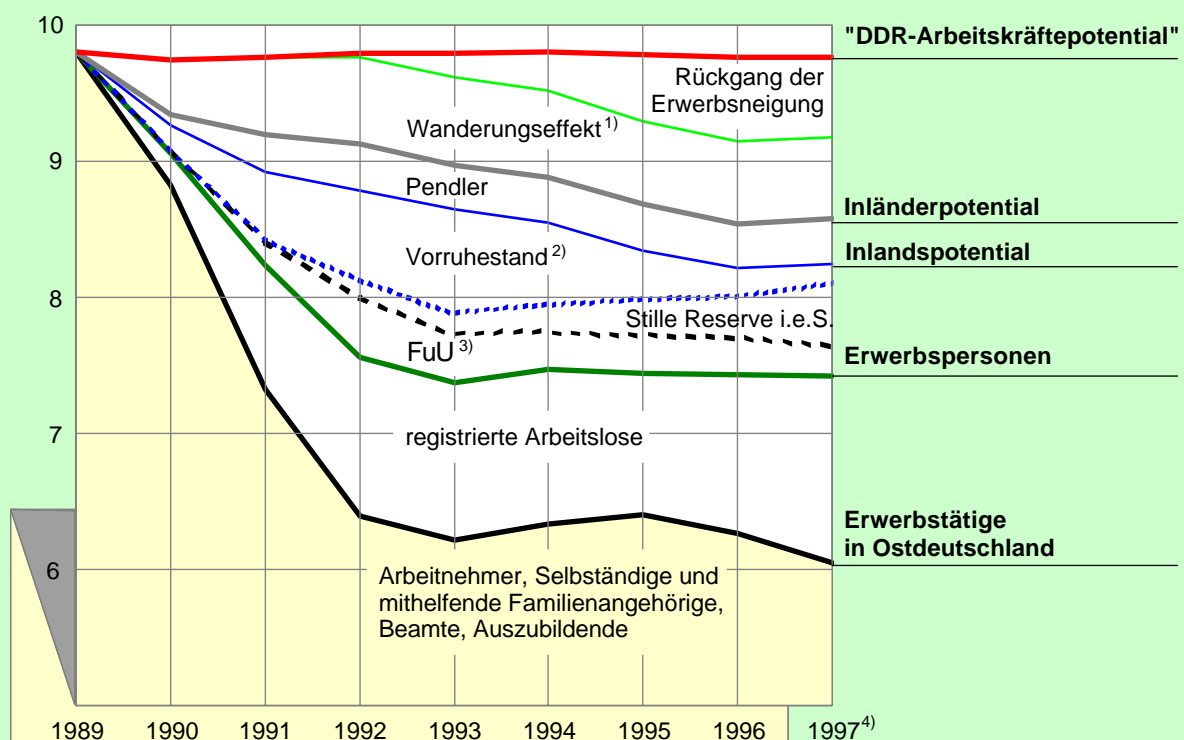
Angebot an Arbeitskräften bleibt weiter hoch

Auf mittlere Sicht ist nicht mit einer Entlastung des Arbeitsmarktes durch eine stärker sinkende Erwerbsbeteiligung zu rechnen

In aller Kürze

Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland 1989 bis 1997

- Jahresdurchschnittsbestände in Mio. -



¹⁾Wanderungseffekt: Summe der Wanderungssalden (Fort- und Zuzüge) von Arbeitskräften seit 1989

²⁾Arbeitsmarktentlastung durch Vorruhestand: Empfänger von Ost-Vorruhestandsgeld (von 1990, noch von der ehemaligen DDR), Altersübergangsgeld nach § 249e und Arbeitslosengeldempfänger nach § 105c AFG

³⁾FuU: Teilnehmer an Vollzeit-Maßnahmen zur Fortbildung oder Umschulung, außerdem an Deutsch-Lehrgängen, Reha-Maßnahmen sowie Leistungsempfänger nach § 105a und 105b AFG

⁴⁾Vorläufiger Schätzwert

Die neuen Ausgaben des IABkurzberichts im Überblick

- Nr. 10
8.12.97 **Aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit - Teil I**
Existenzgründer bevorzugen Servicebereich
Rund 90.000 Arbeitslose wurden 1996 mit über einer Milliarde DM Überbrückungsgeld nach § 55a AFG gefördert. Hochwertiges im Angebot.
- Nr. 11
9.12.97 **Aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit - Teil II**
Auch für Freie Berufe Starthilfen vom Arbeitsmarkt
Mit Überbrückungsgeld geförderte Existenzgründer bieten oft hochqualifizierte Dienstleistungen an und schaffen zusätzlich Arbeitsplätze
- Nr. 12
12.12.97 **Kann Deutschland von den Niederlanden lernen?**
Arbeitsmarktbilanz mit hohen Beschäftigungsgewinnen und niedrigen Arbeitslosenquoten. Durch Konsens zu Erfolgen in der Reformpolitik
- Nr. 1
19.1.98 **Positive Zwischenbilanz für „Überbrückungsgeld-Empfänger“**
Wer die ersten drei Jahre übersteht, hat einen wichtigen Schritt beim Aufbau einer selbständigen Existenz getan
- Nr. 2
27.1.98 **Beschäftigung: Formenvielfalt als Perspektive? - Teil 1**
Längerfristige Entwicklung von Erwerbsformen in Westdeutschland
- Nr. 3
28.1.98 **Beschäftigung: Formenvielfalt als Perspektive? - Teil 2**
Bestimmungsfaktoren für den Wandel der Erwerbsformen
- Nr. 4
3.2.98 **Wege zu mehr Beschäftigung**
Strategiebündel immer noch tragfähig
Was ist aus den Vorschlägen des IAB vom Sommer 1996 geworden?
- Nr. 5
30.3.98 **Jugendliche: Im Sog der Arbeitsmarkt-Turbulenzen**
Erwerbstätigkeit der 15-24jährigen seit 1991 in Westdeutschland drastisch gesunken
- Nr. 6
31.3.98 **Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt 1998**
Alternativrechnungen des IAB für West- und Ostdeutschland
- Nr. 7
14.4.98 **Nachfrage nach Ausbildungsplätzen steigt auch 1998**
Inhaltliche und methodische Befunde aus der Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt
- Nr. 8
17.4.98 **Großbritannien: „Europas kranker Mann“ genesen**
Die wirtschaftliche Gesundung erfaßt nun auch den Arbeitsmarkt
- Nr. 9
20.4.98 **Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot im vierten Quartal des Jahres 1997**
Arbeitsämter zunehmend an der Personalsuche beteiligt

*Die Reihe **IABkurzbericht** gibt es seit 1976. Eine Übersicht über die letzten Jahrgänge finden Sie in den „**Veröffentlichungen**“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Tel. 0911/179-3025).*

IABkurzbericht

Nr. 10 / 27.4.1998

Redaktion

Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik

Monika Pickel

Technische Herstellung

Hausdruckerei der Bundesanstalt für Arbeit

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,
Regensburger Str. 104,
D-90327 Nürnberg

ISSN 0942-167X

IAB im Internet:

<http://www.iab.de>

Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an

Dr. Johann Fuchs, Tel. 0911/179-5216

Arbeitsmarkt Ostdeutschland

Angebot an Arbeitskräften bleibt weiter hoch

Auf mittlere Sicht ist mit einer Entlastung des Arbeitsmarktes durch eine stärker sinkende Erwerbsbeteiligung nicht zu rechnen

In aller Kürze:

- ❑ Seit der Wiedervereinigung ist das potentielle Arbeitskräfteangebot in den neuen Ländern nur wenig gesunken. Im Vergleich zu den Verhältnissen in der ehemaligen DDR kann der Rückgang bis 1997 auf knapp 600.000 Personen (6 %) beziffert werden.
- ❑ Daß angesichts des weiterhin hohen Arbeitskräftepotentials und des dramatischen Beschäftigungseinbruchs die registrierte Arbeitslosigkeit nicht noch höher ist, liegt
 - an der Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Fortbildung und Umschulung, den Vorruhestandsregelungen usw.
 - an der (Netto-)Abwanderung und den Ost-West-Pendlern, wodurch der ostdeutsche Arbeitsmarkt ebenfalls entlastet wird
 - und nicht zuletzt an der Bildung einer Stillen Reserve (im engeren Sinne) in nennenswertem Umfang.
- ❑ Die künftige Entwicklung des Arbeitskräftepotentials hängt in hohem Maße von den Trends der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsbeteiligung ab. Aufgrund der mit der Wiedervereinigung eingetretenen neuen Rahmenbedingungen ist auch mit Veränderungen im Erwerbsverhalten zu rechnen. Allerdings dürften diese Prozesse sehr lange dauern, vielleicht eine ganze „Arbeitsgeneration“ von rund 40 Jahren, weil vor allem die nachwachsenden Geburtskohorten das neue Erwerbsverhalten in den Arbeitsmarkt hineintragen:
 - Die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Bevölkerung ist spiegelbildlich zur steigenden Bildungsbeteiligung gesunken. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen.
 - Bei den mittleren Altersgruppen sind die Erwerbsquoten seit 1990 nur um wenige Prozentpunkte zurückgegangen. Insbesondere wird erwartet, daß die - im internationalen Vergleich sehr hohe - Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen, die bislang auf hohem Niveau verharrt, auch künftig nur sehr langsam sinkt.
 - Nach dem Auslaufen der spezifischen ostdeutschen Vorruhestandsregelungen steigen die Erwerbsquoten der Älteren schon seit 1993 wieder an. Aufgrund der jüngsten Rentengesetzgebung ist nicht mit einem Umkehr dieses Trends zu rechnen, so daß schon bald die Erwerbsbeteiligung der Älteren in Ost und West weitgehend übereinstimmen dürfte.
- ❑ Auch die demographische Komponente des Arbeitskräfteangebots, unter Einschluß der Außenwanderung, wird wohl bestenfalls langfristig zu einem Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte und zu einer Entspannung am ostdeutschen Arbeitsmarkt führen.

Arbeitsmarkt Ostdeutschland

Angebot an Arbeitskräften bleibt weiter hoch

Auf mittlere Sicht ist mit einer Entlastung des Arbeitsmarktes durch eine stärker sinkende Erwerbsbeteiligung nicht zu rechnen

Einleitung

Der wirtschaftliche Aufholprozeß in den neuen Bundesländern ist sieben Jahre nach Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ins Stocken geraten. Zugleich registrierten die ostdeutschen Arbeitsämter im Jahr 1997 beinahe 1,4 Mio. Arbeitslose - Tendenz steigend. Angesichts dieser schwierigen Lage wendet sich das Interesse auf der Suche nach Wegen aus der Krise seit kurzem verstärkt dem - noch immer hohen - Arbeitskräfteangebot zu. Die Arbeitsmarktprobleme in den neuen Bundesländern könnten sich ja entschärfen, wenn die Erwerbsbeteiligung und damit die Zahl der Arbeitswilligen abnähme.

Nach der Wiedervereinigung sind die ersten Projektionen - auch die des IAB - von einem stärkeren Rückgang der Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern ausgegangen. Hintergrund dieser Einschätzung war, daß - im internationalen Vergleich - die Erwerbsbeteiligung in der ehemaligen DDR systemspezifisch enorm hoch war, und zwar vor allem die der Frauen (82 % in 1990; Westdeutschland in 1990: 56 %).¹ So übten in der ehemaligen DDR 1989 etwa 9,8 Mio. Menschen eine berufliche Tätigkeit aus. Aufgrund der besonderen Situation dürften diese 9,8 Mio. Beschäftigten das gesamte potentielle Arbeitskräfteangebot in der DDR gewesen sein. Weil sich die Rahmenbedingungen der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland im Gefolge der Wiedervereinigung dramatisch verändert haben, war die Annahme einer sinkenden ostdeutschen Erwerbsbeteiligung plausibel. Es schien auch gute Grün-

de dafür zu geben, einen gewissen Angleichungsprozeß zwischen Ost und West anzunehmen.² Immerhin stimmte nun das institutionelle, das rechtliche, das gesellschaftliche und das wirtschaftliche Umfeld Ostdeutschlands weitgehend mit dem Westdeutschlands überein, orientierten sich die politischen Entscheidungsträger an den westdeutschen Verhältnissen (z.B. beim Bildungssystem oder bei der Lohnpolitik).

Das Arbeitskräfteangebot nach der Wiedervereinigung

Mit dem Umbruch nach der Wiedervereinigung ging die Zahl der ostdeutschen Erwerbspersonen, also die Summe aus Erwerbstätigen und registrierten Arbeitslosen, drastisch zurück. Mit rd. 7,4 Mio. Erwerbspersonen in 1997 lag dieses (im weiteren als „effektives“ bezeichnete) Arbeitsangebot deutlich unter dem Beschäftigungsniveau von 1989. Also scheint der von vielen erhoffte arbeitsmarktentlastende Rückgang der Erwerbsbeteiligung stattgefunden zu haben. Wenn man den Blick nicht nur auf die registrierten Arbeitslosen und die Er-

Wie im folgenden gezeigt wird, erfüllten sich jedoch die Erwartungen hinsichtlich einer sinkenden Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern bislang kaum. Wegen der großen Bedeutung des Arbeitskräfteangebots für die Dimension der Arbeitsmarktprobleme wird deshalb auch der Frage nachgegangen, welche Tendenzen für die weitere Entwicklung des Arbeitsangebots erkennbar sind.

werbstätigkeit richtet, sondern auch auf die vom Statistischen Bundesamt gemessenen effektiven Erwerbsquoten³, dann stimmt das so nicht. Ganz im Gegenteil: Die Erwerbsquoten gingen bisher kaum zurück - ein Widerspruch?

Die Entwicklung der Erwerbsquoten

Wie die Übersicht 1 zur alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern zeigt, sind bei den mittleren Altersgruppen die effektiven Erwerbsquo-

¹ Siehe Fuchs, J.; Magvas, E.; Thon, M. (1991): Erste Überlegungen zur künftigen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials im Gebiet der neuen Bundesländer, MittAB 4/91, S. 689-705.

² Mit Angleichung war natürlich nie „Anpassung“ gemeint. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß es ja auch zwischen den alten Bundesländern größere Unterschiede gibt, auch in der Erwerbsbeteiligung, so daß die in statistischen Berechnungen oft angenommene völlige Übereinstimmung zwischen Ost und West immer nur als eine stark vereinfachende Arbeitshypothese aufzufassen war.

³ Erwerbsquoten beziehen Erwerbspersonen auf die gleichaltrige Bevölkerung, eventuell differenziert nach weiteren Merkmalen wie Geschlecht, Familienstand, Nationalität. Datenbasis für solche differenzierten Erwerbsquoten ist der Mikrozensus (MZ). Den Erwerbsquoten des MZ liegt die Zahl der Erwerbstätigen und Erwerbslosen zugrunde. Zu beachten ist, daß - schon definitionsgemäß, aber auch erfassungstechnisch bedingt - die Zahl der registrierten Arbeitslosen und die der Erwerbslosen des MZ nicht völlig übereinstimmt.

ten seit der Wiedervereinigung nur um wenige Prozentpunkte gesunken (*Übersicht 1*). Bei den 25- bis 54jährigen liegen die Erwerbsquoten heute sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen immer noch bei über 90 %. Vor allem die Erwerbsquoten der verheirateten Frauen in den neuen Bundesländern übertreffen die entsprechenden Werte aus den alten Bundesländern bei weitem.

Nennenswerte Änderungen gab es jedoch bei den Jüngeren. Deren Erwerbsquote fiel u.a. aufgrund der gestiegenen Bildungsbeteiligung, was sich insbesondere bei den 15- bis 19jährigen und etwas schwächer bei den 20- bis 24jährigen zeigt. Hier zeigt sich deutlich, wie weit der Prozeß der Angleichung der ostdeutschen Bildungsbeteiligung an die westdeutsche schon fortgeschritten ist.⁴ Eine Konsequenz dieses Trends sind sinkende Erwerbsquoten in diesem Altersbereich.

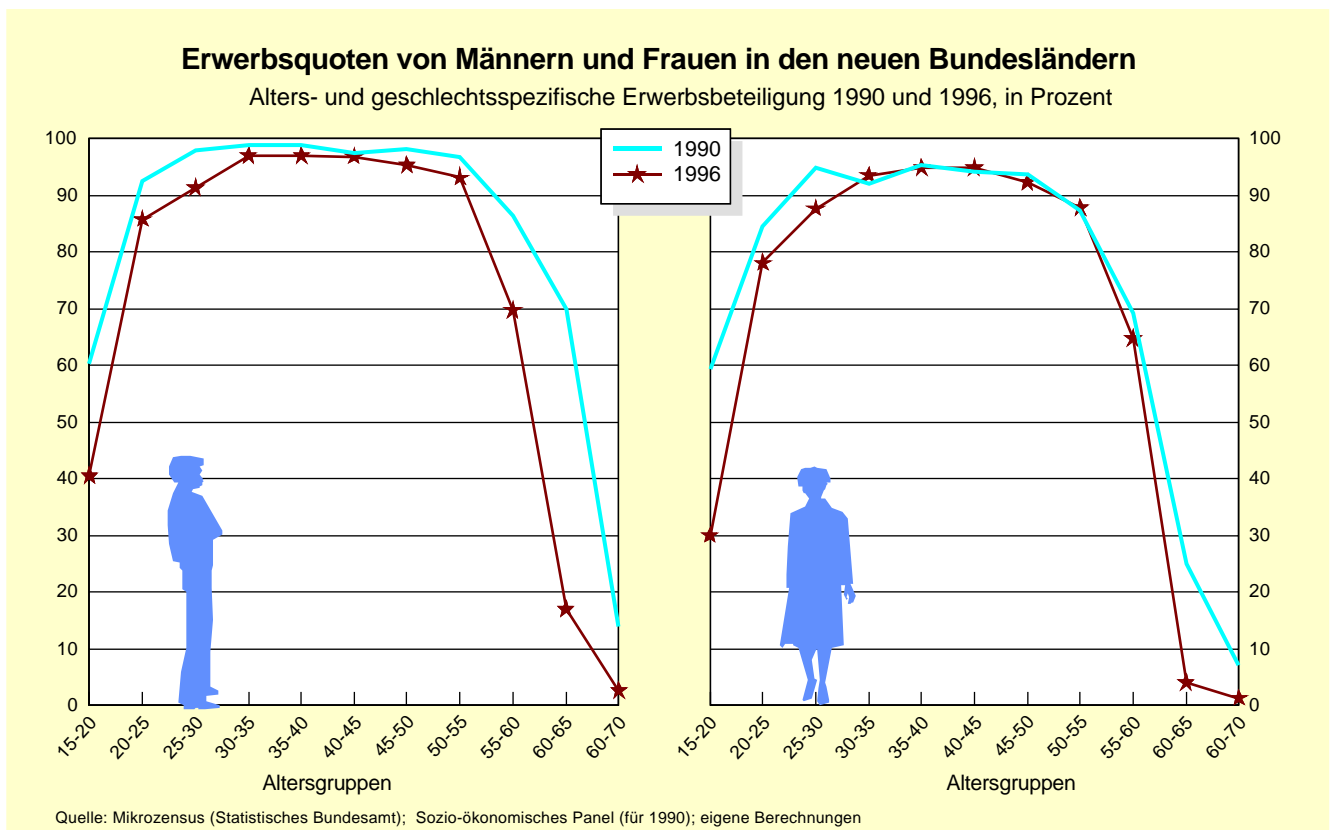
Am stärksten machte sich der Umbruch am ostdeutschen Arbeitsmarkt bei den älteren Arbeitskräften bemerkbar. Zahlenmäßig spielten sie zeitweise fast keine Rolle mehr für den Arbeitsmarkt Ostdeutschlands. 1996 zählte die Statistik gerade noch etwas mehr als 60.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte im Alter von 60 bis 64 Jahren. Ursache dafür war die massive Inanspruchnahme des Vorruhestand-

des.⁵ Seitdem die Vorruhestandsregelungen ausgelaufen sind, läßt deren arbeitsmarktentlastender Effekt aber nach. Dies führt dazu, daß die effektiven Erwerbsquoten der Älteren schon seit 1993 wieder im Steigen begriffen sind (*Übersicht 2*). Beispielsweise nahm die Erwerbsquote der 55- bis 59jährigen Männer von 39,5 % in 1993 auf 69,8 % in 1996 wieder zu und erreichte damit fast 4/5 des Wertes von 1990.

⁴ Bei den Frauen stimmen schon 1995 die ostdeutschen Bildungsbeteiligungsquoten der 15- bis 24jährigen weitgehend mit denen für Westdeutschland überein. Und auch die Quoten für die 25- bis 29jährigen liegen nicht mehr so weit auseinander wie früher. Größere Unterschiede in der Bildungsbeteiligung von Ost und West gibt es nur noch bei den Männern. Dabei ist zu beachten, daß die Angleichung gewissermaßen einen Vorlauf benötigt, bedingt durch den Aufbau des neuen Systems, das Hineinwachsen neuer Alterskohorten und Verzögerungen aufgrund des Wehr- und Zivildienstes. Da letzteres ja nur die Männer betrifft und bei diesen zugleich die Unterschiede in der Bildungsbeteiligung zwischen Ost und West größer waren als bei den Frauen, könnte dies erklären, warum die Angleichung der Bildungsbeteiligung bei den Männern noch nicht so weit fortgeschritten ist wie bei den Frauen.

⁵ Im wesentlichen die Wirkungen des DDR-Vorruhestandsgeldes von 1990 und des Altersübergangsgeldes nach § 249e AFG von 1990 bis 1992.

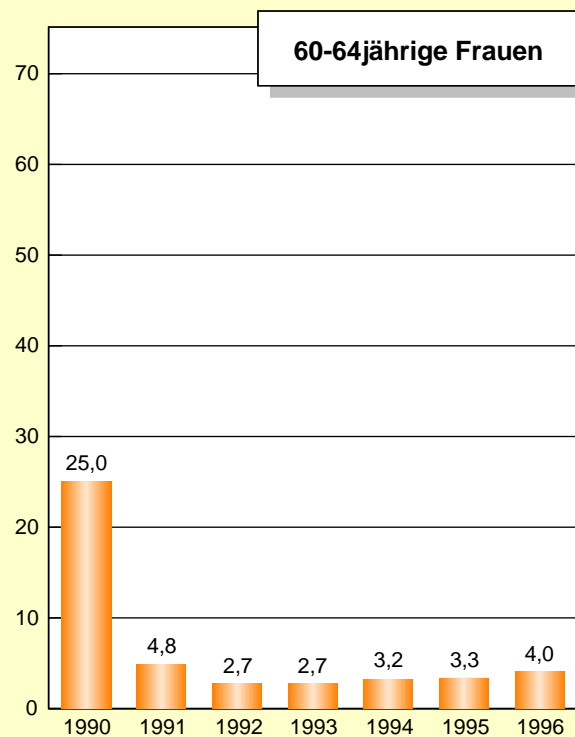
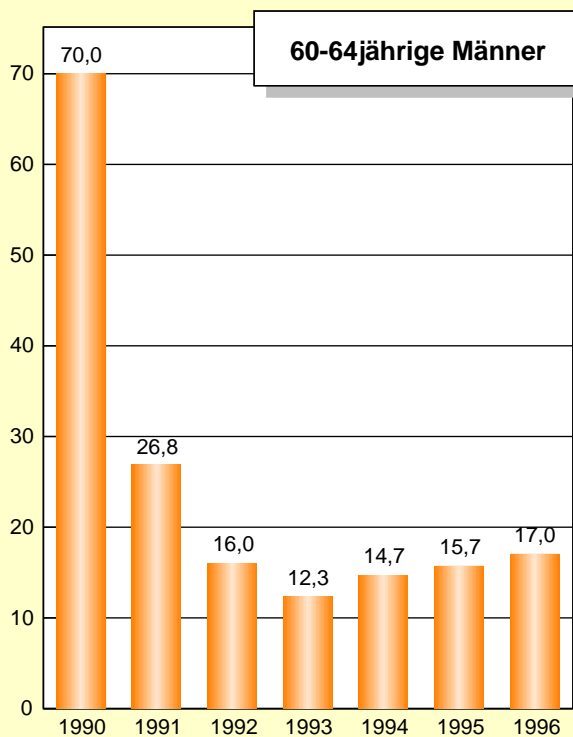
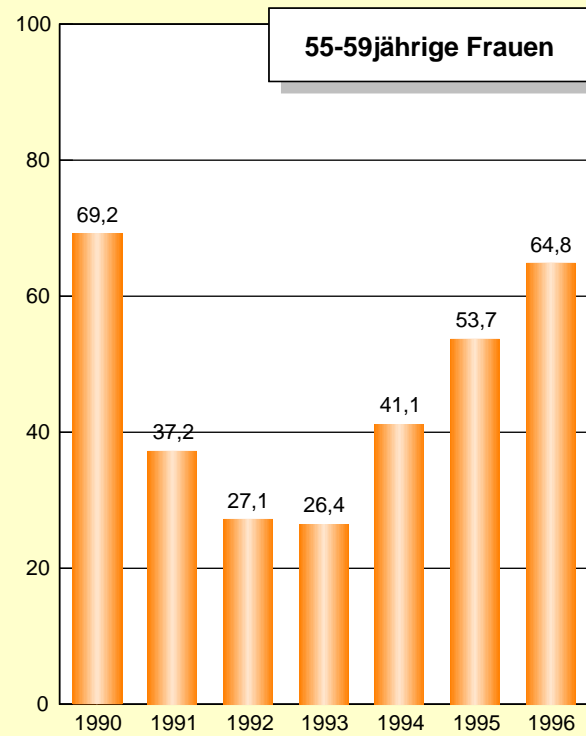
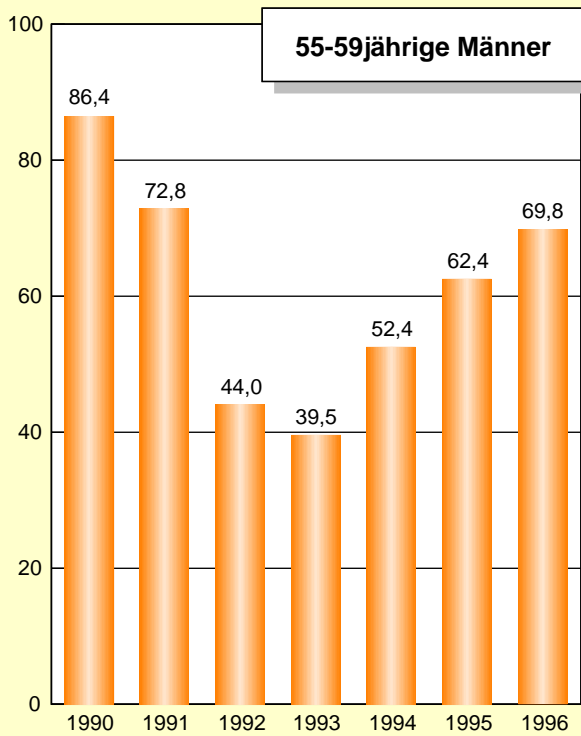
Übersicht 1



Übersicht 2

Erwerbsquoten von Älteren in den neuen Bundesländern

Alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsbeteiligung 1990 bis 1996, in Prozent



Quelle: Mikrozensus (Statistisches Bundesamt), 1990 Sozio-ökonomisches Panel für das Bundesgebiet Ost (DIW)

Die Arbeitsmarktbilanz

Weitere wichtige Aspekte der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots lassen sich anhand der Arbeitsmarktbilanz diskutieren (siehe Titelgrafik). Die Gegenüberstellung von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage (Erwerbstätigenzahl) verdeutlicht noch einmal den dramatischen Einbruch bei der Beschäftigung in Ostdeutschland. 1993 hatten nur noch 6,2 Mio. Personen einen Arbeitsplatz in den neuen Ländern. Nach einer leichten Besserung bis 1995 nahm die Beschäftigung in Ostdeutschland in den letzten beiden Jahren wieder ab. Parallel zur ungünstigen Beschäftigungsentwicklung hat sich eine hohe Arbeitslosigkeit aufgebaut. Außerdem weist das Bild auf weitere für den Arbeitsmarkt wichtige Personengruppen hin, die sich statistisch auf sogenannten „Konten“ befinden, in denen nichtbeschäftigte Erwerbspersonen neben der registrierten Arbeitslosigkeit anzutreffen sind.

Hervorzuheben sind die Personen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen. Neben dem schon angesprochenen Vorruhestand hat vor allem der massive Einsatz von Fortbildung und Umschulung (FuU) eine noch höhere registrierte Arbeitslosigkeit in großem Umfang verhindert (individuell gesehen aber manchmal nur aufgeschoben).⁶ Ihren Höhepunkt hatten FuU und Vorruhestand im Jahr 1992, als der Arbeitsmarkt dadurch zusammen genommen um weit über eine 1 Million Menschen entlastet wurde.⁷ Da beides in der Statistik weder zur Erwerbstätigkeit noch zur Arbeitslosigkeit zählt, würde das Arbeitskräfteangebot unzureichend erfaßt, wenn man die mit diesen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen aufgefangenen Personen nicht berücksichtigt.

Seit 1991 hat sich in den neuen Ländern auch eine Stille Reserve im engeren Sinne gebildet.⁸ Nach IAB-

Schätzungen dürfte sie mittlerweile eine Größenordnung von mehr als 400.000 Personen erreicht haben. Auch diese gehören zum potentiellen Arbeitskräfteangebot.

Die Übersicht zur Arbeitsmarktbilanz zeigt weiter, daß bei der Entwicklung des ostdeutschen Arbeitskräfteangebots die Pendler und die (Netto-)Abwanderung von Arbeitskräften - beides insbesondere nach Westdeutschland gerichtet - eine quantitativ bedeutsame Rolle spielen. Durch die Pendler wurde der ostdeutsche Arbeitsmarkt beispielsweise 1997 um fast 350.000 Personen entlastet. Die gesamte Nettoabwanderung von Arbeitskräften, die aus den Zu- und Fortzügen nach und aus Ostdeutschland resultiert, summiert sich über den Zeitraum nach der Wiedervereinigung auf beinahe 600.000 Arbeitskräfte. Diese sind zumeist von Ost- nach Westdeutschland (seltener ins Ausland) gezogen und haben zu einer entsprechend hohen Arbeitsmarktentlastung in den neuen Ländern beigetragen. Seit

1992 blieb dieser Wanderungseffekt im übrigen auf fast unverändertem Stand, weil sich die Zu- und Abwanderungen zwischen Ost und West in den letzten Jahren in etwa die Waage hielten.

Rechnet man diese einzelnen Komponenten zusammen, bleibt nur noch ein geringer Rückgang des potentiellen Arbeitsangebots in Ostdeutschland übrig, den man für 1997 auf knapp 600.000 Personen beziffern kann. Die Bezugsgröße für diesen Rückgang der Erwerbsneigung ist das theoretische „DDR-Erwerbspersonenpotential“. Es gibt an, wie hoch das potentielle Arbeitsangebot in Ostdeutschland wäre, wenn die Erwerbsbeteiligung noch auf dem DDR-Niveau läge. Für 1997 wird dieses „DDR-Erwerbspersonenpotential“ auf rd. 9,7 Mio. Arbeitskräfte geschätzt.⁹ Insgesamt gesehen ist die potentielle Erwerbsbeteiligung in den neuen Ländern also bisher um knapp 6 % gesunken. Der durchschnittliche Rückgang pro Jahr beträgt demnach gerade einmal 0,7 %.

⁶ In der Grafik nicht explizit ausgewiesen wurden die Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen und der beruflichen Rehabilitation, außerdem Leistungsempfänger nach § 105a AFG (sogenannte Nahtlosigkeitsleistungen) und § 105b AFG (Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall). Sie wurden der Einfachheit halber dem Konto Fortbildung und Umschulung zugeschlagen.

⁷ Bei der Betrachtung der rein quantitativen Entwicklung des Arbeitskräfteangebots sollte man allerdings den Qualitätsaspekt nicht vernachlässigen. Mit dem Vorruhestand und der beruflichen Weiterbildung (FuU) wurde nicht nur das effektive ostdeutsche Arbeitsangebot jahrelang kräftig reduziert. Neben dem sozialpolitischen Aspekt der Verhinderung von Arbeitslosigkeit steht insbesondere bei FuU natürlich der qualifikatorische Anspruch im Vordergrund. In gewisser Weise trifft dies sogar auch für den Vorruhestand zu, weil c.p. damit mehr Jüngere eine Chance auf Beschäftigung haben. Zumindest aus einer längerfristigen, kohortenbezogenen Perspektive verhindert der Vorruhestand Dequalifikation jüngerer Erwerbspersonen durch Arbeitslosigkeit. (Vgl. für eine differenziertere Betrachtung und Analyse dieses Zusammenhanges Sackmann, R. (1997): Der Einfluß von Verrentungsprozessen und Mobilitätsprozessen auf die Arbeitsmarktrisiken von Berufseinsteigern, MittAB 3/97, S. 675-680.)

⁸ Bei der Stillen Reserve handelt es sich um Personen ohne Arbeit, die zwar nicht bei den Arbeitsämtern arbeitslos registriert sind, die jedoch grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen; vgl. Brinkmann u.a. (1987): Methodische und inhaltliche Aspekte der Stillen Reserve, MittAB 1/87, S. 387-490. Das IAB unterscheidet zwischen der Stillen Reserve in Maßnahmen, zu der im wesentlichen die Teilnehmer an FuU und die Personen im Vorruhestand zählen, sowie die Stille Reserve i.e.S., welche vor allem Personen umfaßt, die Arbeit suchen, ohne das Arbeitsamt einzuschalten, oder die entmutigt die aktive Arbeitssuche aufgegeben haben.

⁹ Diese Bezugsgröße „DDR-Erwerbspersonenpotential“ ist rein hypothetischer Natur: Für ihre Berechnung wird für die aktuell in den neuen Ländern lebende Bevölkerung eine Erwerbsbeteiligung wie in der ehemaligen DDR angenommen (geschätzt auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels für 1990). Hinzu kommt außerdem noch die Nettoabwanderung von Arbeitskräften.

Entwicklungslinien für das künftige Arbeitsangebot in den neuen Ländern

Es wurde schon dargelegt, daß sich die Arbeitsmarktprobleme entschärfen könnten (*ceteris paribus*), wenn die immer noch hohe Erwerbsbeteiligung abnähme. Anders als in den ersten Projektionen nach der Wiedervereinigung wird ein solcher Rückgang von der Arbeitsmarktforschung mittlerweile kaum mehr angenommen.

Tendenziell wird eher von einem weiteren Verharren auf hohem Niveau gesprochen. Dabei bezieht sich diese Aussage im wesentlichen auf die verheirateten Frauen mit ihrer vergleichsweise sehr hohen Erwerbsbeteiligung. Denn bei den Männern und den unverheirateten Frauen waren ja schon 1990 zwischen Ost und West kaum größere Differenzen in der Erwerbsbeteiligung zu finden, so daß von daher sowieso kein nennenswerter Rückgang zu erwarten war.

Es lassen sich viele Argumente dafür finden, warum die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen in Ostdeutschland weiter hoch bleiben dürfte^{10,11}:

- Das Wertesystem, in dem die meisten der in Ostdeutschland lebenden und arbeitenden Menschen aufgewachsen sind, wandelt sich nur langsam. In diesem Wertesystem wird der Berufstätigkeit ein besonders hoher Stellenwert beigemessen. Erwerbsarbeit ist - mehr als im Westen - Teil der Lebensplanung.

- Ostdeutsche Frauen haben vergleichsweise häufig eine berufliche Ausbildung, also eine gute berufliche Qualifikation. Diese Qualifikation spielt zugleich eine wichtige Rolle für die Erwerbsbeteiligung.

- Der (Zu-)Verdienst von Frauen zum Haushaltseinkommen ist gerade unter dem Gesichtspunkt der

schlechten Arbeitsmarktlage für die Familien oft wichtig.

- Die schon sehr niedrigen Geburtenraten in Ostdeutschland sind nach der Wiedervereinigung stark gesunken. Auch zeichnet sich bislang kein deutlicher Wiederanstieg ab. Somit dürfte die Erwerbsquote ostdeutscher Frauen auch von dieser Seite her eher hoch bleiben. Hinzu kommt, daß bislang Kinder keinen besonders hemmenden Einfluß auf die Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen hatten.

Sehr unterschiedlich sind die Tendenzen, die für einzelne Altersgruppen erwartet werden können:

Plausibel mag sein, die Entwicklungstendenzen fortzuschreiben, die die veränderte Bildungsbeteiligung nahelegt. Die Erwerbsbeteiligung der Jüngeren dürfte demnach eher noch weiter sinken.

Wenn sich die Bildungsbeteiligung in Ost und West angleicht, dann könnte sich dieser Prozeß vielleicht auch im weiteren Berufsleben fortsetzen, weil im Zuge der Ausbildung ja auch entsprechende berufsbezo-

gene Werte und Normen vermittelt werden. Die steigende Bildungsbeteiligung wirkt somit keinesfalls nur angebotsreduzierend, wenn man sich dies auch im zeitlichen Ablauf vorstellt: Die jüngeren Arbeitskräfte altern und bilden einige Jahre später die mittlere Altersgruppe. Während einerseits das Bildungssystem durch die Verbreitung „westlicher“ Einstellungen langfristig zu einem Entzugseffekt auf das Arbeitsangebot beiträgt, fördert andererseits eine höhere Qualifikation bzw. (Aus-)Bildung tendenziell die Erwerbsneigung.

Eine besondere Situation liegt bei den älteren Arbeitskräften (55 Jahre und älter) vor. Wie bereits dargelegt wurde, sprechen die neueren Tendenzen dafür, daß nach dem Wegfall des Altersübergangsgeldes die effektive Erwerbsneigung der älteren ostdeutschen Bevölkerung wieder zunimmt. Dieselbe Wirkung dürfte die Rentengesetzgebung haben, wodurch zuletzt der Zugang zu Altersrenten vor Vollendung des 65. Lebensjahres erschwert wurde. Eine IAB-Prognose für die Zahl der älteren Arbeitskräfte bis zum Jahr 2000 stützt diese Sicht.¹² Die Erwerbsbeteiligung Älterer in Ost und West wird somit wohl schon bald weitgehend übereinstimmen, und zwar auf

¹⁰ Ein paar ausgewählte Quellen mögen genügen: Beck-Gernsheim, E. (1997): Geburtenrückgang und Kinderwunsch - die Erfahrung in Ostdeutschland, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft Jg. 22, H1, S. 59-71. DIW (Hrsg.) (1996): Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung, DIW-Wochenbericht 28/96, S. 461-469. Engelbrech, G.; Gruber, H., Jungkunst, M. (1997): Erwerbsorientierung und Erwerbstätigkeit ost- und westdeutscher Frauen unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, MittAB 1/97, S. 150-169. Pfeiffer, Barbara (1996): Erwerbsbeteiligung und Stille Reserve ostdeutscher Frauen, MittAB 1/96, S. 117-136.

¹¹ Außerdem sollte man bedenken: Wenn man die vom IAB 1991 vertretene These aufgreift, die ostdeutschen und westdeutschen Erwerbsquoten würden sich tendenziell einander angleichen - bei sinkenden ostdeutschen Quoten und steigenden westdeutschen -, wenn man außerdem annimmt, daß die ostdeutsche Erwerbsbeteiligung nicht hinter die westdeutsche zurückfällt, dann bleibt zumindest langfristig für die ostdeutschen Erwerbsquoten nicht viel Spielraum nach unten. Denn die westdeutschen Erwerbsquoten werden in Zukunft eine Höhe erreichen, die nicht mehr weit unter den früheren „DDR-Erwerbsquoten“ liegt. (Siehe dazu Thon, M. (1991): Neue Modellrechnungen zur Entwicklung des Erwerbspotentials im bisherigen Bundesgebiet bis 2010 mit Ausblick auf 2030, MittAB 4/91, S. 673-688; Aktualisierung in Arbeit.)

¹² Fuchs, J. (1996): Frühverrentung und Beschäftigung, Teil 3, Prognose 2000: Zahl der älteren Arbeitnehmer bleibt hoch, IABkurzbericht, Nr. 10/14.8.1996.

- verglichen mit den letzten Jahren - höherem Niveau.

Diese Tendenzen sprechen für ein langsames „Herauswachsen“ der Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Bevölkerung aus den überkommenen DDR-Schemata. Erst die nachwachsenden Geburtskohorten bringen dann mit ihrem Eintritt in den Arbeitsmarkt neue Verhaltensweisen mit, die sich stärker an westdeutsche Muster anlehnen dürften. Der Transformationsprozeß würde in diesem Fall aber eine ganze „Arbeitsgeneration“ dauern, also rund 40 Jahre.

Die weitere Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes wird demnach weniger von der Erwerbsbeteiligung determiniert als vielmehr von der demographischen Seite, unter Einfluß von Wanderungen. Die Auswirkungen der natürlichen Bevölkerungsbewegung kennt man und sie lassen sich leicht und sicher in die Zukunft extrapolieren. Schon aufgrund der Geburtenhäufigkeit in der ehemaligen DDR wäre das gesamte Arbeitskräfteangebot langfristig gesunken. Darüber hinaus wird der nach der Wiedervereinigung einge-

tretene extreme Geburtenrückgang in den neuen Ländern ab etwa 2010 Wirkung zeigen, da dann der „Nachwuchs“ für den Arbeitsmarkt demographisch bedingt besonders schwach ausfällt.¹³ Der seit 1993 zu beobachtende leichte Wiederanstieg bei den Geburten ändert daran nichts.

Die große Unbekannte bleibt das künftige Wanderungsgeschehen. Abgesehen von den (derzeit ausgeglichenen) innerdeutschen Wanderungsströmen, die bei einer anhaltend schlechten Arbeitsmarktlage möglicherweise wieder verstärkt in Richtung Westdeutschland weisen könnten, ist nicht zu sehen, wieso es zu einer quantitativ relevanten Abwanderung aus dem Bundesgebiet Ost kommen sollte. Im Gegen-

teil: Erinnert sei daran, daß der Wanderungssaldo mit dem Ausland in den alten Bundesländern in den meisten Jahren potentialsteigernd gewirkt hat, d.h. gab mehr Zuzüge als Fortzüge. Mit einem völligen Bruch gegenüber der Vergangenheit ist für Gesamtdeutschland nicht zu rechnen, auch wenn zur Zeit die Asylbewerberzahlen deutlich rückläufig sind. Wenn für Gesamtdeutschland tendenziell eher ein positiver Wanderungssaldo mit dem Ausland zu erwarten ist, wird dies wahrscheinlich auch für das Bundesgebiet Ost zutreffen.

Alles in allem darf man also von der Angebotsseite kurz- und mittelfristig keine spürbare Arbeitsmarktentlastung für die neuen Bundesländer erwarten.

¹³ Um eine einfache Kennziffer zu geben: Die Zahl der Lebendgeburten in Ostdeutschland hat sich zwischen 1989 und 1992 halbiert und verharrt seither auf einem Niveau von ungefähr 80.000 bis 95.000 (vgl. Statistisches Bundesamt (1997): Bevölkerungsentwicklung 1996, Wirtschaft und Statistik 12/97, S. 819. Der jüngst vom Statistischen Bundesamt berichtete leichte Anstieg bei den Geborenenzahlen muß noch auf seine Nachhaltigkeit hin geprüft werden.). Der dramatische Einbruch bei den Geburten bedeutet, daß entweder der Kinderwunsch ganz aufgegeben oder zumindest aufgeschoben wurde. Selbst bei einem Aufschieben kann davon ausgegangen werden, daß damit die endgültige Kinderzahl pro Frau bzw. Familie noch niedriger als früher sein wird, weil damit die Kinder in einem höheren Lebensalter der Frauen geboren werden.